

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsbüro: Neudorfer Straße 10
Telefon: 2111
Abdruck: 2000
Vertrieb: 1000

Abend-Ausgabe: 2000
Morgenausgabe: 2000
Sonntagsausgabe: 2000

Druck: 1000
Vertrieb: 1000

Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl:

Ambau der Verfassung tut not

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung

Berlin, 11. August. Unter starker Beteiligung fand am Donnerstagmittag um 12 Uhr im Plenarsaal des Reichstages die Verfassungsfeier der Reichsregierung statt. Der Andrang des Publikums zum Reichstagsgebäude und zum Platz der Republik war schon längere Zeit vor Beginn der Feier sehr lebhaft. Polizei und Sanitätsmannschaften hatten in und um den Reichstag den üblichen Sicherheitsdienst organisiert. Der Reichstag und alle öffentlichen Gebäude der Reichshauptstadt hatten die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geputzt. Der Plenarsaal war in einfacher aber geschmackvoller Weise geschmückt. Ueber dem Präsidentenstuhl

auf die dreizehn Jahre des Bestehens unserer Verfassung, müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist.

Es war ein Verdienst der verfassunggebenden Nationalversammlung, aber auch aller deutschen Völker, daß 1919 in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem allgemeinen Zusammenbruch überhaupt eine Verfassung zustande kam, welche die Reichseinheit gewährleistete und für längere Zeit eine Grundlage staatlichen Lebens schuf, auf der auch tatsächlich sehr schwere Zeiten überwunden werden konnten.

Es ist nicht Schuld der Verfassung allein, daß sich in Deutschland im Rahmen ihrer parlamentarisch-demokratischen Grundzüge eine Herrschaft der politischen Parteien entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr zerfielen, die ein Kommen und Gehen der Regierungen mit sich brachte, die eine stetige, auf den Wiederaufbau gerichtete Regierungspolitik hemmte und nahezu unmöglich machte, und die schließlich dazu zwang, sogar Maßnahmen des wirtschaftlichen Lebens und der Finanzverwaltung mit der ultima ratio des Art. 48 zu regeln und damit tatsächlich einen Teil der Verfassung selbst außer Kraft zu setzen.

Die Zustände aber, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlüssigen Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist.

Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, in einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird, desto besser ist es für uns.

Die Reform hat auszugehen von einer Veränderung des im Artikel 22 der Verfassung vorgeschriebenen Wahlrechts. In diesem Artikel wargelt die von weitaus den meisten anderen Völkern schwer erprobene Herrschaft der Parteienokratie. Das Volk will nicht Kammern, sondern Persönlichkeiten wählen, und es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Wähler. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterparteien, deren Stimmen in der Regel anfallen. Dem Wähler sollte die Wahlpflicht entsprechen.

Es ist nicht Schuld von Personen allein, sondern der Konstruktion unserer Verfassung, wenn in Deutschland seit alle Anläufe zu Reformen bisher im Parteigetriebe erstickten. Jede selbstwählige Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentarismen ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszusprechen vermag.

Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer suchtbaren Äußerer und innerer Not leidet, bedarf einer von den Parteien formaler Verantwortung mehr wie bisher betriebe, aber persönlich am so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Einmütigkeit und Majorität bedingten parlamentarischen Entscheidungen schützen und die Stabilität und Pölerfähigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag. Eine Veränderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht ausmachen.

Schließlich ist noch des inneren Umbaus des Reiches zu gedenken. Die Erfahrung seit dem 11. August 1919 hat zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß im Reich und in Preußen von verschiedenartig zusammen-

gelebten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten betrieben werden kann. Das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen muß daher im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden gestaltet werden. Das braucht keine Minderung der Selbstständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen. Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würden sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer nicht eine Stärkung, sondern eine wesentliche Schwächung des Reiches und damit eine Minderung der Geltung und Stohkraft des deutschen Volkes in seinem schweren Kampf ums Dasein auszugehen würde.

Ueber die Einzelheiten dieser Umgestaltung unserer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Wesentlich bleibt, daß wir außer dem Willen zur Reform auch die Kraft aufbringen, um sie trotz aller Schwierigkeiten durchzuführen, und daß wir dabei nicht nach Parteivorteilen und -nachteilen handeln, sondern nach dem Wort Bismarck: Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden!

Die Schlussansprache hielt Reichskanzler v. Papen

Das Deutschland von 1932, so führte der Kanzler aus, ist in Vielem und Entscheidendem ein anderes als das von 1919. Die starken nationalen Kräfte, die jetzt zum Durchbruch gekommen sind, lagen damals im Verborgenen, verstreut unter den Trümmern eines fast zerfallenen Lebens. Der Notwendigkeit, die Grundlinie deutschen Lebens nach den Ueberlieferungen unseres Volkstums und einer stolzen Geschichte für ein junges, leidbegrißtes Geschlecht anzuverwandeln, konnten die Gestalten unserer Verfassung vor dreizehn Jahren nicht im vollen Maße gerecht werden. Aber dennoch hat diese Verfassung Grundgedanken und Möglichkeiten, die in die Zukunft weisen. Auf ihnen müssen wir das deutsche Haus neu bereiten. Diese Aufgabe steht jetzt untrüben vor uns.

Gestalter dieser Zukunft zu sein, rufen wir heute alle auf, die Deutschland und sein Volk mehr lieben als Parteidoctrinen, alle, die das unantastbare, grundgewachsene, landsmannschaftliche Eigenleben der Länder gekrönt sehen wollen von der Wohlfahrt, Kraft und Stärke des einen Reiches.

Der Reichskanzler schloß mit dem Ruf: Das im Deutschen Reich geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

Wegen Verhinderung des Reichspräsidenten des Reichstages, von Kardorff, geleitet. Zur Rechten des Reichspräsidenten hatte Reichswehrminister von Schleicher Platz genommen.

In der Diplomatenloge war das diplomatische Korps versammelt. Das Reichskabinett war vollständig unter Führung des Reichskanzlers von Papen auf der Regierungsbank des Reichstages erschienen. Auch die Ländervertreter wohnten der Feier bei.

Nach Schluß der Feier begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers, des Chefs der Delegation sowie des Polizeipräsidenten von Berlin durch Portal II nach der großen Freitreppe. Umhüllt von der riesigen Menschenmenge erschienen der Reichspräsident vor der 8. Jägerkompanie des 2. preussischen Infanterieregiments in Ortelburg gestellten Ehrenkompanie und schritt deren Front unter den Klängen des Deutschlandliedes ab. Der Reichspräsident verabschiedete sich sodann von den Herren der Reichsregierung und fuhr in Begleitung des Reichskanzlers von Papen in seine Wohnung zurück.

war ein riesiger Reichsdäler angebracht, der diesmal aber nicht, wie in früheren Jahren, von der Prämie zur Reichsverfassung flankiert war.

Von der Mittellogge des Reichspräsidenten hing die schwarz-rot-goldene Standarte mit dem Adler herab.

Pünktlich um 12 Uhr erschien Reichspräsident v. Hindenburg im Plenarsaal. Ihm zu Ehren erhoben sich die Teilnehmer an der Feier von ihren Plätzen. Nach einem musikalischen Vorspiel nahm

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl das Wort zur Rede. Er führte aus:

Seitdem am 11. August 1919 die Nationalversammlung zu Weimar das Verfassungswort abschloß, „in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern“, sind 13 schwere und leidvolle Jahre verstrichen, in denen eine Erfüllung des Versprechens und nicht gegeben war. Inmitten einer ihm immer noch feindlichen Welt hat unser Volk die schwersten Bürden äußerer und innerer Not zu tragen. Alle Versuche, den Verfassungssatz zu einem gemeinsamen, volkstümlichen Feiertag zu gestalten, sind bisher gescheitert. Hier sind nicht Ort und Stunde, um diese Frage zu vertiefen.

Es genügt, offen zu bekennen, daß die Verfassung die Welt nicht einigt, sondern trennt.

Dennoch hat die Reichsregierung sich entschlossen, den Verfassungstag amtlich zu begehen. Wir geben uns dabei nicht der Illusion hin, diesen Tag zu einem Festtag für unser Volk machen zu können. Aber wir wollen diesen Tag, an dem unser Volk sich die heute geltende Form seines staatlichen Lebens gab und der, wie man immer zur Weimarer Verfassung haben mag, ein geschichtlicher Gedektag ist und bleibt, bemüht dazu benutzen, um in Gegenwart des allverehrten Herrn Reichspräsidenten im Saale des Deutschen Reichstages zu unserem Volke zu sprechen. Wir wollen keine Feiertage, sondern eine Stunde stiller Einkehr heute halten inmitten der Unrast unserer Tage.

Es ist richtig, daß Wirtschaftsnote auch Volksschicksal ist. Es ist aber nicht richtig, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation ist.

Im Ringen der Völker um ihr Dasein sind letzten Endes die unzugänglichen Kräfte eines Volkes ausschlaggebend. Diese unzugänglichen, feilschen Kräfte und Werte eines Volkes sind an keine Formen und Verfassungsurkunden gebunden. Sie ruhen tief in den Herzen der einzelnen Volksgenossen. Es gibt im Leben der Völker Zeiten, in denen diese Kräfte verhilft scheitern durch eine materialistische Auffassung des Lebens, und es gibt Zeiten, in denen sie lauter und offener stehen.

Der unsere Lage richtig deutet, der sieht, daß wir wieder an der Wende unseres Schicksals stehen.

Der Redner erläuterte diesen Gedanken durch den Hinweis auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte und fuhr fort: So ist unser Volk in unseren Tagen in zwei Lager zerfallen, zwischen denen ein erbitterter Kampf um die Macht im Staate tobt. Jedes Lager nennt das andere Volkverderber und Staatsfeind und bekenn sich zu dem Streikruf: „Wer nicht für mich ist, ist wider den Staat.“ So sollten die Dinge nicht sein. Was in unserem Volk heute ausgetrieben wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll.

Bewacht ungeschwächt sei dagegen jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verweigert und bekämpft.

Man mag an Einzelheiten der Weimarer Verfassung denken wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unabhängig ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung, stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Alle haben keinen anderen Grund, von dem aus wir den Versuch zu einem neuen staatlichen Leben übernahm antreten können.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Rückblickend

Am Freitag Besprechung v. Papen-Sittler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. August. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den beiden Vertretern der Zentrumsfraktion, dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz und dem Zentrumsdirektoren Josch, sind für Donnerstagmittag 5 Uhr angelegt. Der Führer der RSDAP, Adolf Sittler, weilt zur Zeit nicht in Berlin. Seine Besprechung mit dem Reichskanzler v. Papen, die man für Donnerstag nachmittag erwartete, wird daher aller Voraussicht nach erst im Laufe des Freitags stattfinden.

Zentrumsinitiative in Preußen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. August. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat die Fraktionen der Deutschen Nationalen und der Nationalsozialisten für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung aufgefordert.

In der die Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen und die damit zusammenhängende Bildung einer preussischen Regierung besprochen werden sollen. Dieser Schritt des Zentrums zeigt, daß das Zentrum nunmehr doch gewillt ist, die intransigente Haltung, die es bisher in Preußen nahm, aufzugeben. Doch man sich an Deutschlands nationale und Nationalsozialisten gewandt hat, jetzt weiter deutlich, daß auch das Zentrum nunmehr der Auffassung ist, daß für Preußen nur eine Reichsregierung in Frage kommen kann.

Offenbar ist das Zentrum gewillt, der RSDAP, den Ministerpräsidentenposten und damit die Führung im Kabinett zuzubilligen.

Naturngemäß kann eine solche Haltung der Zentrumsfraktion in Preußen von den Vorgängen im Reich nicht isoliert bleiben. Die Vermutungen, daß das Zentrum gegebenenfalls auch im Reich bereit sein würde, die Führung des Reichskabinetts durch die RSDAP, zu tolerieren, erfahren so eine Bestätigung.

Verlangen
Walzer
Mingt...
Schwert
Sonnige
Operehaus
Schauspielhaus
Albani-Theater
Die Komödie
Central-Theater
Variete-Theater